

Politik für die Freiheit – Glück für die Menschen

Deutsche wählt das freie und soziale Europa – gegen ein sozialistisches Europa

Der Slogan der CDU für die Europawahl am 10. Juni 1979 liegt fest. Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 29. Januar 1979 zugleich die Schwerpunkte der Direktwahl für das Europäische Parlament festgelegt. Für die CDU gilt das „Politische Programm der Europäischen Volkspartei“. Unser Programm will ein freies Europa mit pluraler Demokratie und Menschenrechten, mit Sozialer Marktwirtschaft und Bürgerfreiheit. Die Vorphase des Wahlkampfes hatte die CDU mit dem Satz eröffnet: Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen. Hinter dem jetzt verabschiedeten Hauptslogan für den Wahlkampf steht ein Programm — freiheitlich und bürgernah, die klare Abgrenzung zu einem sozialistischen Europa. Mit der nachfolgenden Dokumentation beginnt der UfD eine Argumentationsreihe, in der Beispiele und konkrete Maßnahmen einer freiheitlichen Europapolitik aufgezeigt werden.

Politik und Glück?

Glück durch Politik zu schaffen, ist eine ernsthafte Sache. Die Zuordnung von Politik und Glück läßt sich durch das gesamte abendländische politische Denken verfolgen. An dessen Ursprung steht bei Aristoteles die Aufgabe der Politik, ein „gutes“, „geglücktes“ Leben der Menschen zu ermöglichen. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1776 nennt drei Grundrechte des Menschen: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. In unserer Nationalhymne besingen wir „Einigkeit und Recht und Freiheit“ als „des Glückes Unterpfand“.

Politik kann das Glück nicht „machen“, es läßt sich nicht staatlich verordnen. Aber Politik hat Folgen für die Menschen und für ihre Chancen auf Glück. Die „Politik für die Freiheit“ der CDU schafft die Voraussetzungen dafür, daß sich die Menschen nach ihren eigenen Zielen und Vorstellungen entfalten und auf diese Weise ihr persönliches Glück finden können.

Glück durch eine Politik für die Freiheit

Die herkömmliche Politik leistet heute offensichtlich nicht das, was viele sich von ihr erhofft haben. Aber: Die Alternative besteht nicht im Abbau der Sozialleistungen oder in einer sich leicht gemachten Kritik am Wohlfahrtsstaat. Sondern die Alternative heißt „Politik für die Freiheit“:

Das Glück der Menschen verlangt nicht eine Politik, die sich ausschließlich an „Versorgung“ und „Betreuung“ orientiert, sondern eine Politik, die vor allem den Menschen die Chancen der Freiheit und der Selbständigkeit bis hin zur Möglichkeit alternativer Lebensformen einräumt und vielfach erst wieder schafft. Denn das Glücksgefühl hängt eng zusammen mit erlebbaren Freiheiten und sinnvoller, eigenverantwortlicher Tätigkeit.

Beispiel: Bildung und Kultur in der EG

Lage:

Damit Europa zusammenwachsen kann, brauchen wir mehr europäisches Bewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Bürgern. Dazu bedarf es entscheidender Beiträge im Bereich von Bildung und Kultur. Denn:

- Die Freizügigkeit innerhalb von Europa wird auch dadurch beeinträchtigt, daß Eltern aufgrund sprachlicher Probleme und erheblicher Unterschiede in den Bildungssystemen der einzelnen Länder aus Rücksicht auf ihre Kinder vor einem Wechsel in ein anderes Land zurückschrecken.
- Sowohl das Erlernen von Sprachen als auch die Bildung eines europäischen Bewußtseins leisten die jeweiligen Bildungssysteme derzeit nur ungenügend.
- Die gegenseitige Anerkennung der Berufs- und Bildungsabschlüsse ist über ein Anfangsstadium nicht hinausgekommen. Daraus folgt eine erhebliche Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit in Europa.

CDU: Kultur und Bildung als Träger der Einigung Europas

● Durch eine Vereinbarung zwischen den Ländern der EG ist sicherzustellen, daß für den Schulwechsel zwischen den Ländern der EG Förderkurse geschaffen werden, die der Vorbereitung der Kinder auf Leben und Unterricht im anderen Land dienen.

● Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der EG im Bildungsbereich muß verstärkt werden. Die laufende Überprüfung und Weiterentwicklung der Bildungssysteme und Lehrinhalte muß auch unter europäischer Perspektive erfolgen, um eine allmähliche Annäherung der Bildungssysteme zu erreichen.

● In den Schulen muß das Thema Europa stärker als bisher eine Rolle spielen. Neben dem Fremdsprachenunterricht muß besonders in den Fächern Gemein-

schaftskunde, Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde der Vertiefung und Verbreitung des europäischen Gedankens besonderer Vorrang eingeräumt werden.

● Auch in der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung muß die europäische Perspektive ihren Platz haben. Dazu ist es erforderlich, Lehrerfortbildungseinrichtungen der einzelnen Länder stärker für die Lehrer anderer Mitgliedsstaaten zu öffnen. Nur so wird gewährleistet, daß die Lehrer frühzeitig mit der Notwendigkeit der Europäischen Gemeinschaft vertraut gemacht werden.

● Ein wesentlicher Beitrag zur Freizügigkeit und Mobilität innerhalb Europas ist die Anerkennung der akademischen wie der nichtakademischen Bildungs- und Berufsabschlüsse. Voraussetzung dafür ist eine engere Zusammenarbeit von Bildungs- und Berufsorganisationen. Im Deutsch-Französischen Vertrag sehen wir ein Modell für die Erreichung dieses Ziels.

● Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft muß es sein, das historische, kulturelle und künstlerische Erbe Europas in seiner Vielfalt zu schützen. Dazu sind Förderungsmaßnahmen — etwa ein Europäisches Kulturwerk — notwendig. Dies kann nicht durch einen kulturpolitischen Zentralismus geschehen, der die einzelnen Kulturen in ihrem Bestand und in ihrer Entwicklung gefährden würde. Vielmehr muß gewährleistet werden, daß alle regionalen und nationalen Kulturen innerhalb der EG eigenständig und gleichberechtigt ihren Platz haben.

Beispiel: Sprachbarrieren in der EG

Lage:

Im Bereich der EG werden sechs Hauptsprachen gesprochen: Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Dänisch, Niederländisch. Mit der Erweiterung der Gemeinschaft werden Spanisch, Griechisch und Portugiesisch dazukommen. Ein babylonisches Sprachengewirr. Das heißt für die EG-Organen heute bereits sechs Amtssprachen, morgen neun. Die Kosten für die Dolmetscherdienste und für Druckserzeugnisse, die von den EG-Organen in allen Amtssprachen veröffentlicht werden müssen, sind deshalb unerträglich hoch. Vor allem aber: Die Sprachbarrieren sind ein entscheidendes Hindernis für das Zusammenleben der Bürger. Wir sind noch weit davon entfernt, diese Barrieren wirkungsvoll abzubauen.

Beispiel Bundesrepublik: Nur noch 2 % aller Abiturienten gehen heute mit zwei Fremdsprachen ins Abitur, 1968 waren es an den Neusprachlichen Gymnasien, die es heute gar nicht mehr gibt, noch 50 %. 1962 studierten von rund 300 000 deutschen Studenten fast 10 000 an ausländischen Universitäten, 1977 waren es wenig mehr als 10 000 von insgesamt 800 000 Studenten.

Miteinander nicht sprechen können, heißt, die Freizügigkeit in der Gemeinschaft nicht ausnützen können, heißt, sich nicht kennenlernen und verstehen können.

CDU: Sprachbarrieren abbauen

— Wir brauchen ein EG-weites Sprachprogramm für die Schulen, das mit allen Mitgliedstaaten abgestimmt ist und den Unterricht in Englisch, Französisch und in anderen EG-Sprachen intensiviert. Das muß von der Grundschule bis hinauf zu den Gymnasien geschehen.

— Im Bereich der Berufsausbildung und der Erwachsenenbildung muß die Fremdsprachenvermittlung ebenfalls ausgebaut und vor allem erleichtert werden. Vorstellbar sind: Berücksichtigung in der Arbeitszeit für Sprachkurse, Bildungsurlaube, steuerliche Erleichterungen für Unternehmen, die eine Sprachausbildung durchführen oder ermöglichen, und/oder für Berufstätige, die gute Fremdsprachenkenntnisse nachweisen können.

— Auslandsaufenthalte müssen ausgebaut und erleichtert werden. Vor allem für Schüler, junge Arbeitnehmer, Studenten, Wissenschaftler, Lehrer, Angehörige von Behörden. Dazu sind u. a. notwendig:

- Ausbau und Aktivierung des Europäischen Jugendwerkes,
- Aufstockung des Bundesjugendplanes zur Förderung von Auslandsaufenthalten,
- vermehrte Partnerschaften zwischen Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Behörden,
- Angleichung von Studien- und Berufsausbildungsgängen innerhalb der EG, um einen Austausch zu erleichtern (ebenso Anerkennung von Studiums- und Berufsausbildungsabschlüssen),
- Austauschprogramme innerhalb der EG für Ferienarbeit,
- großzügigere und flexible Gewährung von Studiengebühren, Kurskosten, Reise- und Sachaufwendungen,
- organisatorische und gesetzliche Erleichterungen für Auslandsaufenthalte, z.B. Arbeitsplatzgarantie, Nichtanrechnung eines Auslandsstudiums auf die Regelstudienzeit.

Beispiel: Jugendarbeitslosigkeit in der EG

Lage:

Die Quote der jugendlichen Arbeitslosigkeit liegt heute überall in der Gemeinschaft wesentlich über die Gesamtquote der Arbeitslosigkeit. Besonders betroffen sind: junge Frauen, Jugendliche in wirtschaftsschwachen Regionen, Jugendliche ohne Schulabschluß, Kinder von deutschen Aussiedlern und ausländischen Arbeitnehmern und junge Akademiker.

Allgemeine Ursachen für die Jugendarbeitslosigkeit liegen im Zusammentreffen der Bevölkerungsentwicklung mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und strukturellen Mängeln sowie einer unzureichenden Abstimmung der Bildungs- und Beschäftigungssysteme. Darüber hinaus bedingt die skeptische Beurteilung der Zukunft durch die Wirtschaft ein sinkendes Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot der Unternehmen.

CDU: Der Jugend Ausbildung und Arbeitsplätze sichern

- Wichtigstes Ziel ist eine berufsqualifizierende Erstausbildung für jeden Jugendlichen. Dazu bedarf es für den einzelnen einer optimalen Vorbereitung auf das Berufsleben, die nur über ein vielfältiges Angebot an Bildungswegen gewährleistet werden kann.
- In der gesamten EG müssen die Lehrpläne der Abschlußklassen stärker auf den Eintritt in das Arbeitsleben abgestellt werden. Die Lehrpläne in der beruflichen Bildung müssen im Zusammenwirken von Schule und Wirtschaft erarbeitet werden. Durch eigene Forschung und Koordination einzelstaatlicher Vorhaben kann das Berliner EG-Zentrum für Berufsbildung dazu einen wichtigen Beitrag leisten.
- Die Arbeitsverwaltungen müssen verstärkt Maßnahmen der Berufsinformation in der Schule anbieten. Die Bildungsberatung ist im Hinblick auf die Wahl des Berufsfeldes zu verbessern.
- Wir brauchen eine die gesamte EG erfassende Analyse über die Attraktivität einzelner Berufe bzw. Berufsfelder für Jugendliche, um zu erfahren, welche Faktoren für die Berufswahl junger Menschen bestimmend sind. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse können gezielt zur Aufklärung über unbeliebte Tätigkeitsgebiete genutzt werden, um auch so zu einer besseren Ausnutzung des Lehrstellenangebotes zu kommen.
- Insbesondere Jugendliche mit verhältnismäßig geringem Bildungsniveau benötigen oft eine spezielle Berufsvorbereitung um überhaupt Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu haben. Derartige Berufsvorbereitungskurse sollten aus dem europäischen Sozialfonds unterstützt werden, wenn sie spezielle berufsfeldbezogene Fertigkeiten und Fähigkeiten fördern.
- Der mangelnden regionalen Mobilität ist durch finanzielle Hilfen aus dem EG-Regionalfonds abzuhelfen. Dieser Fonds muß aber auch dazu eingesetzt werden, in strukturschwachen Gebieten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit Hilfen zur Ansiedlung ausbildungs- und beschäftigungsintensiver Betriebe zu gewähren.
- Der Wirtschaft muß die Einrichtung von Ausbildungs- und Jungarbeiterplätzen erleichtert werden, z. B. durch eine finanzielle Entlastung seitens des Staates.
- Vor allem für junge Menschen ist es wichtig, daß die Neugründung wirtschaftlicher Existenzen gefördert wird. Voraussetzung für die Wirksamkeit derartiger Programme ist, daß die Jugendlichen in den Schulen durch Betonung von Eigeninitiative und Mut zum Risiko sowie Erziehung zur Selbständigkeit ermutigt werden, den Schritt zur wirtschaftlichen Selbständigkeit nicht zu scheuen.
- Die Überwindung der überproportional gestiegenen Akademikerarbeitslosigkeit ist nicht durch eine beliebige Ausweitung von Führungspositionen zu erreichen. Erforderlich sind vielmehr eine inhaltliche, wissenschaftsgerechte Studienreform und vermehrte Alternativen zum Studium, um weitere Wahlmöglichkeiten zu eröffnen und die Berufsperspektiven zu verbessern.

Beispiel: Familienpolitik

Lage:

Die Familie muß heute ihren Aufgaben unter erschwerten Bedingungen gerecht werden. Daraus ergeben sich Gefahren für unsere Gesellschaft. Denn ihre Zukunft hängt von unseren Familien ab. Nur wer in der Familie Vertrauen, Solidarität, Toleranz und Pflichterfüllung kennengelernt hat, wird dieses später weiter vermitteln können.

Die Probleme der Familie gelten heute in der gesamten Europäischen Gemeinschaft. In fast allen Mitgliedsländern muß mit Sorge festgestellt werden:

- Rückgang der Eheschließungen
- Zunahme der Scheidungen
- sinkende Geburtenraten (die Bundesrepublik ist zur Zeit das Land mit der niedrigsten Geburtenziffer)
- wachsender Drogen- und Alkoholmißbrauch, insbesondere bei Jugendlichen.

CDU: Die Familie ist das Fundament einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaft

— Die Voraussetzung für die Gesundung der Familie ist die Herstellung voller Partnerschaft zwischen den Elternteilen und die Anerkennung der Tätigkeit der Mutter und Hausfrau als voller Beruf.

— Verbesserung des Familienlastenausgleichs: Es muß verhindert werden, daß Kinder unzumutbarer finanzieller Verzicht bedeuten. Das heißt konkret, daß der Anteil an den Sozialleistungen in der Bundesrepublik für die Familie erhöht wird. Hierbei stehen wir heute in der EG an vorletzter Stelle; seit 1969 ist dieser Anteil für die Familie langsam, aber sicher verkleinert worden (1969: noch 4,99 % des Bruttosozialprodukts für die Familienleistungen, 1977: 4,63 %).

— Gewährung eines Erziehungsgeldes: Die klassischen Hilfen für die Familie (Kindergeld und Steuererleichterungen) reichen nicht aus. Durch die Gewährung eines Erziehungsgeldes sollte es jeweils einem Elternteil ermöglicht werden, unter Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit sich ganz der Erziehung und Pflege der Kinder zu widmen (ähnliche Maßnahmen haben bereits Frankreich, Schweden und Österreich getroffen).

— Leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente: Die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter ist derjenigen der berufstätigen Frau gleichwertig. Sie ist somit Berufstätige und muß als solche anerkannt und sozial abgesichert werden. Familienleistungen der Frau sind ebenso als Beitrag zum Generationenvertrag anzuerkennen wie Beitragszahlungen aus Berufseinkommen. Die beste soziale Sicherung der Hausfrau und Mutter ist die leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente.

— Kinder- und familiengerechte Gesellschaft: Das Glück der Familie und der Kinder wird nicht nur durch die notwendigen finanziellen Leistungen ermöglicht, sondern ebenso durch eine familien- und kinderfreundliche Umwelt. Beide Seiten

zusammen schaffen erst jene Lebensqualität, die den Wunsch junger Menschen stärkt, eine Familie zu gründen.

Dazu gehören Maßnahmen wie

- familiengerechte Wohnungen
- kindergerechte Wohnbereiche
- besseres Angebot an Spielplätzen und Sportmöglichkeiten
- Bereitstellung von Kindergärten und Kinderkrankenhäusern
- bessere Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen für Eltern
- Verbesserung der Reise- und Urlaubsmöglichkeiten für kinderreiche Familien
- Ausbau der Sozialen Dienste für bedrängte Familien.

Beispiel: Umweltpolitik in der EG

Lage:

Umweltverschmutzung macht vor nationalen Grenzen nicht halt. Grenzüberschreitende Umweltbelastungen müssen gemeinsam und solidarisch angegangen werden.

Zwei Beispiele: Die Verschmutzung des Bodensees durch einen Anrainerstaat beeinträchtigt alle anderen Anrainerstaaten, die den See u. a. zur Trinkwasserentnahme nutzen. Ein anderes Beispiel: An Flußmündungen liegende Staaten leiden unter Verschmutzungen, die im Oberlauf internationaler Flußläufe durch andere Anliegerstaaten verursacht werden. Diese Anliegerstaaten haben oft ein vergleichsweise geringeres Interesse an der Reinhaltung der Flußläufe.

Es geht um partnerschaftliches Verhalten, wenn wir unsere europäische Umwelt nicht zu eigenem und zum Schaden nachfolgender Generationen verändern wollen. Aber wir wissen ebenso: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein hochindustrialisiertes Land und sehr vom Export abhängig. Wir müssen also die anderen Ziele der Wirtschaftspolitik wie Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht realistisch mit der Umweltpolitik verknüpfen. Dabei ist der Ruf nach einem „Null-Wachstum“ unsinnig; denn Umweltpolitik ist sehr teuer. Diese notwendige Abstimmung zwischen den verschiedenen Interessen bei uns gilt es auch mit denen der EG-Partner und Nachbarn vorzunehmen.

CDU: Für eine realistische europäische Umweltpolitik

Die CDU unterstützt die fortgeschrittenen Bemühungen des Rates der Gemeinschaft um eine EG-weite Umweltpolitik, wie sie in seinem Aktionsprogramm von 1973/1977 formuliert worden ist.

Zentrales Problem und wichtigste Aufgabe ist dabei die Angleichung der Umweltschutzbestimmungen zwischen den EG-Partnern und den Nachbarn außerhalb der EG:

Z. B. bei der Festlegung der Belastungsgrenze für die Luft, das Grund- und Meerwasser, bei der Festlegung des Bleigehalts von Benzin, bei der Beurteilung

von Schädlingsbekämpfungsmittel, bei der Geräuschkämpfung bei Flugzeugen, Baumaschinen oder Autos, bei den Sicherheitsbestimmungen für den Tankerbau und -verkehr, bei der Lagerung gefährlicher Stoffe (giftiger chemischer Substanzen, schwermetallhaltiger oder radioaktiver Stoffe), bei der Verwendung chemischer Zusätze in der Lebensmittelindustrie usw.

Beispiel: Europa im Alltag

Lage:

Die EG wird nur dann zu einer festen Gemeinschaft nicht nur der Mitgliedsländer werden, sondern vor allem auch der Menschen, wenn der Einigungsprozeß bürgernah verläuft, erfahrbar, wenn er auch wirklich im Alltag Nutzen bringt. Gemüse aus den Niederlanden, Fisch aus Dänemark, Schuhe aus Italien oder Rotwein aus Frankreich — das alles ist uns längst selbstverständlich. Aber wenn wir auf der Urlaubsreise mit dem Auto einen Unfall erleiden oder ein Weihnachtspaket nach Belgien schicken wollen — da beginnt der Ärger.

CDU: Bürgernahe Europapolitik

- Abbau der Hemmnisse im EG-Postverkehr, z. B. bei Geschenksendungen oder Eilzustellungen,
- Europapaß und schnellere Zollabwicklung für EG-Bürger (vgl. Grenzverkehr in Skandinavien),
- Europa-Geld, angefangen beim Hartgeld,
- mehr Rechtssicherheit und schnellere Abwicklung bei Autounfällen im EG-Ausland,
- ebenso bei Schäden durch kriminelle Handlungen,
- mehr zweisprachige Hilfen im kleinen Grenzverkehr innerhalb der EG (z. B. bei Hinweisschildern und Informationsmaterial),
- mehr Informationen für EG-Bürger auf der Bahn und den großen Transitstrecken für den Autoverkehr (z. B. mehrsprachige Verkehrsnachrichten in den Reisezeiten),
- Koordinierung der Ferienzeiten innerhalb der EG (nicht nur wegen des Reiseverkehrs, sondern auch im Hinblick auf die Reiseziele, damit nicht z. B. ganz Europa im Juli/August am Mittelmeer Urlaub macht),
- EG-weite Vereinheitlichung der Bedingungen für den Erwerb des Führerscheins,
- mehr Informationen in Radio, Fernsehen und Zeitungen über europäische Probleme, über das Leben, die Kultur und die Geschichte unserer EG-Nachbarn.